



Friedrich-Friesen-Stiftung
Konservative Arbeitsblätter
Beitrag III
März 2018

Friedrich-Friesen-
Stiftung



Deutschland ist kein Einwanderungsland

Dr. Jan Moldenhauer

Deutschland ist kein Einwanderungsland

Jan Moldenhauer

Linke und liberale BRD-Funktionselementen behaupten, Deutschland sei ein Einwanderungsland. Nachfolgend wird analysiert, durch welche Charakteristika sich ein liberales Einwanderungsland auszeichnet, ob Deutschland ein liberales Einwanderungsland ist (1.), welche Rolle in diesem Zusammenhang der deutsche Sozialstaatsmagnet (2.) auch im internationalen Vergleich spielt (3.), welche Rolle in diesem Kontext dem deutschen Asylnagneten zukommt (4.), warum die sozialstaatliche Alimentierung illegaler Zuwanderer vielfach zu Deutschenfeindlichkeit führt (5.) und weshalb die massenhafte Zuwanderung in die Bundesrepublik wider den Volkswillen mit einem deutschen Brain Drain einhergeht (6.). Aus der daraus resultierenden Erkenntnisgrundlage lässt sich ableiten, dass Deutschland kein Einwanderungsland ist (7.).

1. Charakteristika liberaler Einwanderungsländer

Liberaler Einwanderungsländer sind dadurch definiert, dass Einwanderung grundsätzlich erwünscht ist (Lummer 1999: 136). Dieser Grundsatz gilt allerdings nur unter der Prämisse, dass die Einwandernden hochqualifiziert, leistungsbereit und integrations- bzw. assimilationswillig sind. Außerdem werden bei Einwanderungswilligen gute Sprachkenntnisse und eigenes Startkapital vorausgesetzt (Kubitschek und Paulwitz 2011: 42). Wer diese Anforderungen nicht erfüllt, darf auch nicht einwandern. Die Migrationspolitik eines liberalen Einwanderungslandes zielt dementsprechend darauf ab, aus ökonomischen Motiven die besten Köpfe der Welt anzuwerben (IfS 2014: 8). Für illegal migrierende geringqualifizierte Zuwanderer – Ausnahmen wie die Unterschichteneinwanderung aus Mexiko in die USA bestätigen die Regel – oder „Sozialstaatsnomaden“ (Keller 2009) ist ein Einwanderungsland nicht attraktiv, da ein Sozialstaat, an dem sie partizipieren könnten, entweder gar nicht oder nur rudimentär existiert. Ein letztes Kriterium für ein Einwanderungsland ist, dass es kein Staatsvolk im eigentlichen Sinne, also keine organisch gewachsene ethnisch-kulturelle Schicksalsgemeinschaft gibt. Als klassische Einwanderungsländer, welche die zuvor beschriebenen Kriterien erfüllen, gelten Australien, Kanada, Neuseeland und die USA. Die Zahl real existierender Einwanderungsländer ist also relativ gering.

Wie liberale Einwanderungsländer hinsichtlich der Einwanderungsberechtigten selektieren, lässt sich gut am Beispiel Kanadas verdeutlichen: In dem nordamerikanischen Land werden Einwanderungswillige nach einem Punktesystem bewertet. Ein Antragsteller kann bis zu 100 Punkte erreichen, die nach folgenden Kriterien vergeben werden: Ausbildung (max. 25 Punkte), Sprachfähigkeiten (max. 24 Punkte), Arbeitserfahrung (max. 21 Punkte), Alter (max. 10 Punkte), vorhandene und auf das Qualifikationsprofil des Antragsstellers zugeschnittene Arbeitsplatzangebote (max. 10 Punkte) und soziale bzw. kulturelle Anpassungsfähigkeit (max. 10 Punkte). Außerdem wird die finanzielle Solvenz potentieller Einwanderer von den kanadischen Behörden geprüft, medizinische Gutachten müssen eingereicht werden. Darüber hinaus wird untersucht, ob der Antragsteller eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen könnte und ob – und wenn ja weshalb – er vorbestraft ist (Caldwell 2009a: 53; Herles 2009). Im Mittel sind die so anhand wirtschaftlicher und soziologischer Kriterien ausgewählten Immigranten besser qualifiziert als die kanadische Bevölkerung (Sarrazin 2010: 366f.), es findet also eine positive Auslese leistungsbereiter und integrationswilliger Einwanderer statt.

In den USA sind immerhin 55% der Einwanderer hochqualifiziert (hier drückt die mexikanische Unterschichteneinwanderung die Quote), in Australien sind es 85% und in Kanada sogar 99%. In Deutschland sind hingegen lediglich 5% bis 10% der Zuwandernden hochqualifiziert (Heinsohn 2010b). Kubitschek und Paulwitz (2011: 46) konstatieren:

„In klassischen Einwanderungsländern – zu denen [...] die Bundesrepublik Deutschland trotz eifriger politischer Selbstbekundungen gerade nicht gehört – wird Integration und Assimilation selbstverständlich als Verpflichtung der Einwanderer, nicht des Aufnahmelandes betrachtet. Die Konditionen lauten: Du erhältst den Zugang zu unserem Land und damit die Chance, unter den Bedingungen, die wir dir bieten, etwas aus deinem Leben zu machen; im Gegenzug erwarten wir, daß du die Fähigkeiten, Qualifikationen und auch materiellen Voraussetzungen mitbringst, um für dich selbst zu sorgen, und daß du dich den hier geltenden Regeln und Gesetzen anpaßt.“

Wir halten fest: Deutschland, das die zuvor beschriebenen Kriterien allesamt nicht erfüllt, ist kein liberales Einwanderungsland, sondern ein *linksliberalisiertes* Zuwanderungsland.

2. Der deutsche Sozialstaatsmagnet

Sozialstaatliche Strukturen sind in liberalen Einwanderungsländern nur rudimentär vorhanden. In den Vereinigten Staaten haben Einwanderer beispielsweise erst nach zehnjährigem Aufenthalt Anspruch auf soziale Leistungen. Diese sind jedoch auf eine Dauer von maximal fünf Jahren pro Person beschränkt. Deshalb werden sie in der Regel nur im äußersten Ausnahmefall – also wenn eigene Rücklagen aufgebraucht sind – in Anspruch genommen. Außerdem sind die sozialstaatlichen Leistungen relativ gering (Sarrazin 2010: 320).

In Deutschland ist das System der Grundsicherung hingegen so angelegt, dass jeder Ansässige – unabhängig davon, ob er arbeitet oder nicht – über mindestens 60% des deutschen Durchschnittseinkommens verfügt (Sarrazin 2010: 370). Folglich kommt den großzügigen staatlichen Transferleistungen hinsichtlich der Zuwanderung nach Deutschland eine Magnetfunktion zu. Der sozialstaatliche „Zuwanderungsmagnet“ (Hans-Werner Sinn, zit. n. Caldwell 2009b) sorgt also dafür, dass bei der Zuwanderung in die Bundesrepublik keine Bestenauslese wie in liberalen Einwanderungsländern, sondern eine Negativauslese stattfindet. In schroffem Gegensatz zu liberalen Einwanderungsländern strömen in das linksliberalisierte Zuwanderungsland Deutschland im Regelfall keine Talente, sondern ungebildete Unterschichten- und Versorgungsmigranten, die schon in ihren Heimatländern dem 'Bodensatz' der Gesellschaft angehörten. So handelt es sich bei den in Deutschland lebenden Arabern und Türken zu 85% um Unterschichtenzuwanderer. Sie stammen größtenteils aus rückständigen Stadtvierteln und Dörfern in ihren Herkunftsländern, sind sehr religiös, schlecht oder gar nicht (aus-)gebildet und in ihrer Mehrzahl nicht in eine säkulare Gesellschaft integrierbar (Laqueur 2007: 71, 192). Diese Fremden kommen in Deutschland unmittelbar und zeitlich unbegrenzt in den Genuss einer umfassenden Vollversorgung, von der sie in ihrer Heimat nur träumen konnten, und zwar ohne jemals selbst einen wirtschaftlichen Beitrag zur Sicherung des Sozialsystems leisten und ohne eine Integrations- oder gar Assimilationsleistung vollbringen zu müssen.

Außereuropäische Zuwanderer kommen also größtenteils nicht nach Deutschland, weil sie darauf brennen, der deutschen Volkswirtschaft mit ihrer hohen Arbeitsproduktivität und ihren überdurchschnittlichen kognitiven Fähigkeiten als Fach- und Spitzenkräfte zu neuer Blüte und zu neuen Höhenflügen zu verhelfen und auch nicht, weil sie für die deutsche Kultur und Lebensart schwärmen. Die Mehrheit von ihnen kommt, um Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen zu erhalten (Moldenhauer 2018a, b). Sarrazin (2010: 323f.) konstatiert:

„Das System ist pervers. Keine der Araberfamilien, deren Kinder die Neuköllner Grundschule besuchen, bekäme in den USA auch nur einen müden Cent. Deshalb sind sie auch nicht dort, sondern in Deutschland. Die indischen Informatiker gehen dagegen lieber in die USA. Aufgrund der üppigen Zahlungen des deutschen Sozialstaats ziehen wir eine negative Auslese von Zuwanderern an. [...] Mit den Attitüden, die muslimische Migranten im deutschen Sozialstaat entwickeln können, würden sie in ihren Heimatländern [und auch in liberalen Einwanderungsländern] untergehen.“

Doch nicht nur außereuropäischen, auch innereuropäischen Sozialstaatsnomaden wird Zugang zum deutschen Sozialsystem gewährt.

Wir halten fest: Seit Jahrzehnten ist der durchschnittliche Zuwanderer nach Deutschland kein Facharbeiter oder Akademiker, sondern entweder ein deutsche Löhne drückender Billiglöhner oder ein klassischer Versorgungsmigrant, der die deutschen Sozialsysteme oftmals für den Rest seiner Lebensspanne belastet.

3. Der deutsche Sozialstaatsmagnet im internationalen Vergleich

Gunnar Heinsohn (2010b) vergleicht und kategorisiert die weltweit existierenden – oder eben nicht existenten – Sozialsysteme und gelangt dabei zu folgender Einschätzung:

„Die Welt kennt fünf Ränge der Sozialpolitik. Unten stehen rund 160 Nationen ohne Hilfe für soziale Notlagen. Konkurrenten wie Indien oder China gehören dazu. Darüber rangieren die Vereinigten Staaten. Sie geben ihren Bürgern ein Fünfjahreskonto, mit dem diese sparsam umgehen, um bei Notlagen Halt zu finden. Vorher weichen sie auf Verwandte oder schlecht bezahlte Arbeit aus. Auf dem dritten Platz liegt ein rundes Dutzend Nationen, in denen zwar lebenslänglich Sozialhilfe gewährt wird, diese aber knapp ausfällt wie Italien oder England. Auf dem zweiten Rang findet sich ein weiteres Dutzend Nationen. Auch diese zahlen lebenslänglich und relativ großzügig aus, wobei Norwegen, Finnland und die Schweiz an der Spitze liegen. Den ersten Rang belegt Deutschland allein.“

Deutschland ist also 'Sozialstaatsweltmeister' und betreibt gleichzeitig eine Zuwanderungspolitik nach dem Prinzip des Laissez-Faire. Dass die Bundesrepublik aus diesem Grunde „für arme Schlucker aus Anatolien attraktiv“, aber „für Akademiker eher abschreckend“ ist (Herles 2009), verwundert nicht.

Durch diese Kombination aus Anziehung und Abschreckung wird die Funktionsfähigkeit des deutschen Sozialstaats mittel- bis langfristig zwangsläufig in

Frage gestellt werden. Vom Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman stammt die trockene Feststellung, ein Land könne entweder einen Sozialstaat oder offene Grenzen haben, beides zusammen funktioniere aber keinesfalls. Ergänzend ließe sich anfügen, dass ein Land entweder – siehe Australien, Kanada, Neuseeland, USA – gut gesicherte Grenzen, ein sozialstaatliches Minimum und Fachkräfteeinwanderung oder – siehe Deutschland und Schweden – offene Grenzen, ein sozialstaatliches Maximum, keine nennenswerte Fachkräfteeinwanderung, dafür aber massenhafte und lohndrückende Unterschichten-, Prekariats- und Hilfsarbeiterzuwanderung haben kann.

4. Der deutsche Asylnagnet

Schon vor Beginn der „Völkerwanderung“ (Klaus 2016) nach Deutschland im Jahre 2015 war das deutsche Asylsystem ein Einfallstor insbesondere für außereuropäische Asylsiedler. Bei den meisten Asylfordernden vergangener Jahrzehnte handelte es sich um Asylbetrüger, die gar nicht politisch verfolgt wurden oder vor Krieg flüchteten, sondern lediglich aus ökonomischen Gründen illegal einreisten und an den deutschen Sozialstaat andockten (Caldwell 2009a: 79). Daran hat sich bis in die Gegenwart hinein nichts geändert. So waren im Jahre 2016 lediglich 905 von 280.000 Personen, die unter Berufung auf das Asylrecht einreisten, überhaupt antragsberechtigt (Leubecher 2017a). Alle anderen illegal Einreisenden hätten an der deutschen Grenze abgewiesen werden müssen. Auch im Jahre 2017 blieb Deutschland das europaweit attraktivste Zielland für Asylfordernde. Folglich konstatierte die Welt zum Jahresende 2017, also zwei Jahre nach Beginn der neuzeitlichen Völkerwanderung in die BRD: „Deutschland bleibt Europas Asylnagnet.“ (Leubecher 2017b)

Nicht nur Unter-, auch Mittelschichtler aus Ländern der Dritten Welt, die nicht in Armut leben und über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, begeben sich auf die Reise in das 'gelobte Land' Deutschland, wo zunächst asylleistungsgesetzliche Milch und anschließend sozialstaatlicher Honig fließen. Vor diesem Hintergrund ist auch die europäische Entwicklungshilfe – jedenfalls in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung – für Länder der Dritten Welt kritisch zu hinterfragen. Ein Großteil der gewährten Finanzmittel wird entweder von korrupten Eliten in den Ländern, in denen 'geholfen' wird, zweckentfremdet oder verstärkt gerade jene Wanderungsbewegungen, die durch die mittels Geldleistungen ausgelösten Entwicklungsanreize eigentlich vermieden werden sollen. Eine 2014 erschienene Studie des Instituts für Staatspolitik mit dem Titel 'Ansturm auf Europa' bilanziert:

„Der deutsche Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller (CSU), und der EU-Kommissar für Entwicklung, Andris Piebalgs, irren sich also, wenn sie glauben, mit größeren Zahlungen von Entwicklungshilfe könnten sie den Flüchtlingsdruck auf Europa verringern. Würde die Entwicklungshilfe tatsächlich zu einem steigenden Wohlstand in den ärmsten Staaten der Welt beitragen, wäre die unmittelbare Folge vermutlich genau das Gegenteil dessen, was man sich erhofft hat: Sobald es finanziell möglich wäre, würden sich noch mehr Afrikaner und Asiaten als bisher auf den Weg nach Europa begeben.“ (IfS 2014: 13)

Der Ansturm auf Europa kann demnach erst dann durch Entwicklungshilfe abgemildert werden, wenn analog dazu die Festung Europa errichtet und der deutsche bzw. westeuropäische Asylmagnet abgeschaltet wird.

5. Alimentierung, Deutschenfeindlichkeit und Rückkehrunwilligkeit

Die millionenfache sozialstaatliche Alimentierung von Fremden, die angezogen vom deutschen Asyl- und Sozialstaatsmagneten nach Deutschland kamen und kommen, sorgt keinesfalls dafür, dass diese Menschen grundsätzlich Dankbarkeit gegenüber den Deutschen empfinden, die ihre Versorgung mit eigens erwirtschafteten Steuergeldern ermöglichen. Die Zugewanderten können vielfach keinen Stolz auf etwas Erreichtes empfinden, da sie selbst nichts geleistet haben, sondern lediglich ohne jedwede Vor- oder Gegenleistung am deutschen Sozialstaat partizipieren. Die meisten dieser Zugewanderten sind sich ihrer Nutzlosigkeit für die deutsche Bildungs-, Wissens- und Leistungsgesellschaft durchaus bewusst, einer Nutzlosigkeit, welche sie als Demütigung empfinden, und aufgrund derer sie nicht selten eine Abneigung oder sogar Hass gegenüber ihren deutschen Wohltätern entwickeln (Laqueur 2007: 43; Sarrazin 2010: 321). In der Folge entsteht vielfach Deutschenfeindlichkeit statt fremder Dankbarkeit. Den Deutschen wird ihre Gutmütigkeit also nicht gedankt.

Gleichzeitig richten sich die Fremden millionenfach in der wohligen Nestwärme deutscher Sozialstaatlichkeit ein, mit einer freiwilligen Rückkehr kann im Regelfall nicht gerechnet werden. Diesbezüglich äußert sich Holger Liljeberg vom Meinungsforschungsinstitut Info GmbH, der federführend an der 2012 veröffentlichten Studie 'Deutsch-Türkische Lebens- und Wertewelten' beteiligt war, wie folgt: „Die sozialen Sicherungssysteme verhindern eine verstärkte Abwanderungswelle. Dies könnte sich mit einem weiteren wirtschaftlichen Aufschwung in der Türkei ändern.“ (zit. in Peters 2012) Dann würden – wenn man Liljebergs These Glauben schenkt – zumindest einige türkische Unterschichten-

migranten und Erdogan-Verehrer in ihre Heimat zurückkehren. Ein fortdauernder türkischer Wirtschaftsaufschwung könnte demnach einen Schrumpfungsprozess der „türkischen Kolonien“ (di Lorenzo 2004) in Deutschland einleiten. Ungelöst bliebe indes das Problem der zahlreichen weiteren „ethnischen Kolonien“ (Kubitschek und Paulwitz 2011: 49; Sarrazin 2010: 322) auf deutschem Boden.

6. Zuwanderung wider den Volkswillen und deutscher Brain Drain

Bei der millionenfachen illegalen Zuwanderung vergangener Jahrzehnte und der gegenwärtig sich vollziehenden Völkerwanderung in deutsche Lande handelt es sich um Zuwanderung „wider Willen“ (Lummer 1999: 136), die nie direkt – also durch eine Volksabstimmung oder einen vergleichbaren direktdemokratischen Akt – vom deutschen Volk legitimiert wurde. Dem Politikwissenschaftler Prof. Werner Patzelt (2015) zufolge

„haben wir diese Zuwanderer auch gar nicht gerufen, ja nicht einmal eine redliche Diskussion zwischen Eliten und Bevölkerung darüber geführt, Einwanderung welcher Art und welchen Umfangs wir wirklich wollen beziehungsweise wollen sollten. [...] Nennenswerte Teile der CDU und die allermeisten Politiker und Parteien links der CDU wollen bislang aber keine wirkliche Abkehr von jener Einwanderungspolitik, die uns in diese Probleme geführt hat. [...] Hingegen wünschte sich ein Großteil der einfachen, von den absehbaren sozialen Verteilungskonflikten besonders stark betroffenen Leute in unserem Land einen Politikwechsel. [...] In der lange schon zu beobachtenden Spaltung zwischen Elitendiskurs und Bevölkerungmeinung setzt sich gerade die letztere durch. So entspricht es auch dem Leitgedanken von Demokratie, deren Schwert die unkontrollierbare Abstimmung in der Wahlkabine ist. [...] Immer weniger werden im Übrigen die bislang für politisch plausibel gehaltenen Versuche verfangen, ob des Einwanderungsgeschehens und des ihm folgenden kulturellen Wandels in unserer Gesellschaft besorgte Bürger als Rassisten und Latenz-Nazis auszugrenzen. Allzu viele von solcher Etikettierung betroffene Deutsche wissen nämlich, dass sie das alles nicht wirklich sind, und sie werden sich für entsprechende Verunglimpfungen revanchieren: entweder in der Wahlkabine – oder durch protestierende Wahlenthaltung.“¹

Zahlreiche deutsche Fachkräfte bzw. Akademiker stimmen indes nicht in der Wahlkabine, sondern mit den Füßen ab und verlassen ihre Heimat. Deutschland sieht sich also einerseits der massenhaften Zuwanderung eines kulturfremden

Versorgungs- und „Intelligenzproletariats“ (Hinz 2015) und andererseits einem deutschen Brain Drain ausgesetzt, in dessen Folge Teile der einheimischen Leistungs- und Intelligenzelite das Land verlassen (Moldenhauer 2018c). Diese Entwicklung ist nicht neu und wurde in vergangenen Jahren bereits von Walter Laqueur (2007: 137) und Gunnar Heinsohn (2010a) thematisiert.

Die verstärkte Auswanderung der Leistungsträger einer Gesellschaft führt zu ökonomischen Folgekosten sowie gesellschaftlichen Folgeschäden und ist immer ein klares Anzeichen dafür, dass die Verhältnisse im Heimatland nicht in Ordnung sind. Bereits im Jahre 2010 konstatierte Wolfram Weimer (2010):

„Seit dem 19. Jahrhundert haben noch nie so viele Deutsche ihr Land verlassen wie heute. Der Mittelstand fühlt sich bedrängt. Die Flucht aus der Heimat ist zu einer Abstimmung mit den Füßen geworden. Alle vier Minuten verlässt ein Deutscher sein Land. An jedem Tag verliert Deutschland ein ganzes Dorf, womit die Zahl der Auswanderer Dimensionen erreicht hat wie seit 120 Jahren nicht mehr. Der jetzt vorgelegte 'Migrationsbericht' der Bundesregierung kommt daher wie ein statistisches Amtsblatt, in Wahrheit ist er ein Fanal. Was die Angelegenheit so heikel macht: Es sind die Besten und Jüngsten, die genug haben und gehen. [...] Deutschland erlebt einen Exodus des Mittelstands. Das Durchschnittsalter deutscher Auswanderer beträgt 32 Jahre, es sind Ärzte und Ingenieure, Wissenschaftler und Facharbeiter, Techniker und Dienstleister. Nach Angaben der OECD verliert Deutschland besonders viele Akademiker. [...] Während unser Sozialstaat Hunderttausende Unqualifizierter aus den Randzonen Europas anzieht, fühlen sich die jungen Vertreter des Leistungsmittelstands hierzulande immer fremder. Eines eint sie alle: Anderswo geht es ihnen besser als daheim. [...] Man spürt bei Auslandsreisen, dass sich die Dinge anderswo besser entwickeln. [...] Avantgarde spürt man nicht mehr daheim, sondern in der Fremde. [...] Wenn eine Facharbeiterfamilie so hohe Steuern und Sozialabgaben zahlt, dass ihr weniger übrigbleibt als einem Koch in Zürich, dann gehen sie eben. Immer mehr Menschen merken [Armutszuwanderer ausgenommen], dass ihnen Deutschland immer weniger bietet. Alleine 16.000 deutsche Ärzte haben inzwischen das Land verlassen. [...] Die Flucht aus der Heimat ist jedenfalls eine Volksabstimmung mit den Füßen geworden, ein Alarmsignal aus der Mitte der Gesellschaft. Die Auswanderer revoltieren nicht, [...] sie gehen einfach still und leise fort.“

Dieser Trend zur Flucht aus der deutschen Heimat wird sich infolge der seit 2015 stattfindenden Völkerwanderung weiter verschärfen. Auf die Idee, Anreize zu schaffen, um die autochthonen Leistungsträger in deutschen Landen zu halten oder sie mit einem Anreizsystem in die Heimat zurück zu locken, kommen

die am 'Großen Austausch' (Camus 2016) beteiligten Politiker der etablierten Parteien – natürlich – nicht.

Allein zwischen 1991 und 2015 verließen drei Millionen Deutsche ihre Heimat. Einige zog und zieht es aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit ins EU-Ausland oder in die Schweiz, andere wandern in klassische Einwanderungsländer aus. Zwischen 2004 und 2013 verließen allein 136.000 Deutsche ihr Heimatland Richtung USA, 35.000 wanderten nach Kanada aus (Siems 2015a, b).²

Natürlich kehren auch Deutsche in die Bundesrepublik zurück. Der Saldo zwischen auswandernden und heimkehrenden Deutschen ist jedoch seit geraumer Zeit negativ (Siems 2015a) und zwar mit steigender Tendenz. Im Jahre 2015 schrieb die Welt: „Adieu Deutschland – Zahl der Fortzüge auf Rekordniveau [...] Einheimische kehren der Bundesrepublik besonders oft den Rücken, unter ihnen viele Ärzte und Forscher.“ (Siems 2015a) Und an anderer Stelle: „Deutschlands Talente verlassen in Scharen das Land. Deutsche Akademiker sind hierzulande unzufrieden, viele wandern aus. [...] Talente, die auch in der hiesigen Wirtschaft immer knapper werden.“ (Siems 2015c)

Unter den deutschen Auswanderern sind Fachkräfte und Akademiker „jeweils stark überrepräsentiert“, der Anteil der Hochqualifizierten liegt einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration zufolge bei etwa 70%. Laut Studie begründen 41,4% der Auswandernden diesen Schritt mit ihrer Unzufriedenheit mit dem Leben in Deutschland (Spiegel 2015). Zahlreiche Auswanderer haben eben kein Interesse daran, in Deutschland Millionen kulturfremder – und zumeist illegaler – Zuwanderer zu finanzieren, wenn es in klassischen Einwanderungsländern möglich ist, höhere Einkommen zu erzielen und niedrigere Steuersätze zu zahlen.

7. Zusammenfassung und Einordnung

Deutschland ist *kein* Einwanderungsland. Im Gegensatz zu liberalen Einwanderungsländern betreibt die linksliberalisierte Bundesrepublik hinsichtlich der ins Land strömenden Migranten keine Bestenauslese. Vielmehr findet eine Negativauslese statt, in deren Zuge insbesondere niedrig- bzw. unqualifizierte Unterschichten- und Versorgungsmigranten nach Deutschland drängen. Hauptursache für diese Negativauslese ist der deutsche Asyl- und Sozialstaatsmagnet.

Großzügig alimentierte illegale Zuwanderer empfinden oftmals keinerlei Dankbarkeit gegenüber dem deutschen Volk, das ihnen ein Leben in relativem Wohlstand und ohne Gegenleistung ermöglicht. Ganz im Gegenteil werden die sozialstaatlichen Leistungen vielfach als Demütigung empfunden und schüren somit Deutschenfeindlichkeit bei gleichzeitiger Heimkehrunwilligkeit.

Das deutsche Volk hat die real existierende Zuwanderung in die Sozialsysteme mangels Möglichkeit nie in einem direktdemokratischen Akt legitimiert und hätte es wohl auch nicht getan, wenn ihm diese Möglichkeit durch die politischen BRD-Funktionselementen gewährt worden wäre. Bei den Zuwanderungsströmen nach Deutschland handelt es sich demnach um eine Entwicklung wider den Volkswillen. Diese Entwicklung kann und muss – wenn vom deutschen Volk mehrheitlich gewünscht – zunächst gestoppt und anschließend wieder rückgängig gemacht werden.

Immer mehr deutsche Leistungsträger verlassen ihre Heimat und wenden sich damit auch gegen die Alimentierung von Versorgungsmigranten. Solange keine wirksamen zuwanderungsunterbindenden und rückführungseinleitenden Maßnahmen ergriffen werden, wird sich der Brain Drain deutscher Fachkräfte ins Ausland ungebrochen fortsetzen.

Zum Autor:

Dr. Jan Moldenhauer, 1980, studierte Wirtschaftswissenschaften in Köln, London und Liverpool, ist Vorsitzender der Friedrich-Friesen-Stiftung und arbeitet als Assistent des Fraktionsvorstandes und Leitender Referent für die Landtagsfraktion der AfD in Sachsen-Anhalt.

Anmerkungen

1. Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 revanchierten sich rund 6 Millionen deutsche Wähler in der Wahlkabine und wählten die AfD mit 12,6% als drittstärkste Kraft in den deutschen Bundestag. In Sachsen-Anhalt wurde die AfD mit einem Ergebnis von 19,6% wie bereits bei der Landtagswahl 2016 zweitstärkste Kraft.
2. Im Jahre 2015 kehrten 13.857 Sachsen-Anhalter ihrem Land den Rücken und wanderten aus. Analog dazu wanderten 43.693 Fremde zu (Statista 2017a, b), darunter laut Ausländerzentralregister 13.700 Syrer und 2.240 Afghanen. In der Folge stieg die Zahl der Ausländer in Sachsen-Anhalt um 25% (Mitteldeutsche Zeitung 2016).

Literaturverzeichnis

- Caldwell, C. (2009a). *Reflections on the revolution in Europe: Immigration, Islam, and the West*. New York: Doubleday.
- Caldwell, C. (2009b). Einwanderung in die Sozialsysteme. FAZ 08.12.2009, <http://bit.ly/1RDVG3z>.
- Camus, R. (2016). *Revolte gegen den Großen Austausch*. Schnellroda: Antaios.
- di Lorenzo, G. (2004). Drinnen vor der Tür. Auch nach drei Generationen sind die Türken in Deutschland nicht angekommen. Zeit 30.09.2004, <http://bit.ly/1ThEKyQ>.
- Heinsohn, G. (2010a). Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen. FAZ 16.03.2010, <http://bit.ly/253bN4x>.
- Heinsohn, G. (2010b). Deutschland verschläft den Kampf um Talente. FAZ 25.06.2010, <http://bit.ly/1roMfri>.
- Herles, W. (2009). Die Einwanderungspolitik folgt falschen Maßstäben. Deutschlandfunk 13.02.2009, <http://bit.ly/1V4E1ir>.
- Hinz, T. (2015). Die gewöhnliche Seele hat sich durchgesetzt. Junge Freiheit 22.02.2015, <http://bit.ly/1BGBycX>.
- IfS/Institut für Staatspolitik (Hrsg.) (2014). *Wissenschaftliche Reihe – Heft 24, Ansturm auf Europa – Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß?* Schnellroda.
- Keller, P. (2009). Einwanderung in den Sozialstaat. Die Weltwoche April 2009, <http://bit.ly/2Apsmvy>.
- Kubitschek, G. und Paulwitz, M. (2011). *Deutsche Opfer, fremde Täter. Ausländergewalt in Deutschland. Hintergrund – Chronik – Prognose*. Schnellroda: Antaios.
- Klaus, V. (2016). *Völkerwanderung. Kurze Erläuterung der aktuellen Migrationskrise*. Lüdinghausen: Manuscriptum.
- Laqueur, W. (2007). *The Last Days of Europe. Epitaph for an Old Continent*. New York: Thomas Dunne Books/St. Martin's Press.
- Leubecher, M. (2017a). Nur 905 Asylsuchende kamen 2016 über nicht sichere Staaten. Welt 13.08.2017, <http://bit.ly/2hUJVOL>.
- Leubecher, M. (2017b). Deutschland bleibt Europas Asylmagnet. Welt 04.12.2017, <http://bit.ly/2A24S2A>.
- Lummer, H. (1999). *Deutschland soll deutsch bleiben: kein Einwanderungsland, kein Doppelpaß, kein Bodenrecht*. Tübingen: Hohenrain.
- Mitteldeutsche Zeitung (2016). Zuwanderung in Sachsen-Anhalt – Zahl der Ausländer steigt um 25 Prozent. 11.04.2016, <http://bit.ly/2BD8sNO>.

- Moldenhauer, J. (2018a). Die Kosten der Zuwanderung in die BRD und nach Westeuropa – eine Meta-Analyse. Friedrich-Friesen-Stiftung. Magdeburg. Konservative Arbeitsblätter/Beitrag I/Januar.
- Moldenhauer, J. (2018b). Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in die BRD nach Herkunftsgruppen. Friedrich-Friesen-Stiftung. Magdeburg. Konservative Arbeitsblätter/Beitrag II/Februar.
- Moldenhauer, J. (2018c). Zuwanderungslegitimation und Flüchtlingsindustrie. In: Institut für Staatspolitik. Sezession 82, 'Hegung und Enthemmung'.
- Patzelt, W. (2015). Zur Einwanderung. Die Stimmung kippt. Handelsblatt 02.10.2015, <http://bit.ly/1W01A3C>.
- Peters, F. (2012). Leben in Deutschland. Türkische Migranten hoffen auf muslimische Mehrheit. Welt 17.08.2012, <http://bit.ly/1I9tfUC>.
- Sarrazin, T. (2010). Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Siems, D. (2015a). Abwanderung. Adieu Deutschland – Zahl der Fortzüge auf Rekordniveau. Welt 19.02.2015, <http://bit.ly/1TIRS8o>.
- Siems, D. (2015b). Arbeitsmarkt: Punkte könnten Akzeptanz für Zuwanderer erhöhen. Welt 05.03.2015, <http://bit.ly/1DcDTx5>.
- Siems, D. (2015c). Auswanderer. Deutschlands Talente verlassen in Scharen das Land. Welt 10.03.2015, <http://bit.ly/1Gnu8bQ>.
- Spiegel (2015). Deutschland ist ein Auswanderungsland. 10.03.2015, <http://bit.ly/25aGtB7>.
- Statista (2017a). Anzahl der Auswanderer aus Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2015, <http://bit.ly/2i8dA3T>.
- Statista (2017b). Anzahl der Zuwanderer nach Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2015, <http://bit.ly/2jb7AbJ>.
- Weimer, W. (2010). Wir sind dann mal fort. Weltwoche Nr. 6, 2010, <http://bit.ly/1V86xXb>.